



17.300

**Standesinitiative Genf.
Rehabilitierung von sieben
wegen der Beteiligung
an der Demonstration
vom 9. November 1932
verurteilten Personen**

**Initiative cantonale Genève.
Réhabilitation des sept
manifestants condamnés
suite à la manifestation
du 9 novembre 1932**

Vorprüfung – Examen préalable

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 14.06.18 (VORPRÜFUNG - EXAMEN PRÉALABLE)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Levrat, Abate, Cramer)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Levrat, Abate, Cramer)

Donner suite à l'initiative

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor.

Hefti Thomas (RL, GL), für die Kommission: Mit einer Standesinitiative vom 31. Januar 2017 fordert der Grosse Rat des Kantons Genf die Bundesversammlung auf, die Urteile eines Strafgerichtes des Bundes vom 3. Juni 1933 aufzuheben und die sieben Demonstranten Léon Nicole, Auguste Millasson, Francis-Auguste Lebet, Jules Daviet, Albert Wütrich, Francis

AB 2018 S 576 / BO 2018 E 576

Baeriswyl und Edmond Isaak, alle selig, aufzuheben und diese sieben Demonstranten voll zu rehabilitieren. Zu Beginn der Dreissigerjahre war das politische Klima in Genf gespannt. Im "Historischen Lexikon der Schweiz" steht unter dem Stichwort "Genfer Unruhen", dass sich militante Sozialisten unter Léon Nicole und Anhänger der Union nationale von Georges Oltramare Strassenkämpfe lieferten. In der "Roten Revue", Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur, Band 85, Heft 4/2007, Seite 32ff., schreibt Christian Koller, dass der Antisemit und Mussolini-Bewunderer Georges Oltramare 1930 die faschistische Partei Ordre politique national gründete, welche 1932 mit der 1923 gegründeten rechtsbürgerlichen Union de défense économique zur vorerwähnten Union nationale fusionierte. Diese Union nationale hatte das Motto "Eine Lehre, ein Glaube, ein Führer". In





diesem Sinne haben sich auch die Vertreter des Grossen Rates in der Anhörung vernehmen lassen. Léon Nicole seinerseits bewunderte die Sowjetunion und deren Diktator Stalin.

Zum 9. November 1932 möchte ich Ihnen aus dem Artikel von Christian Koller, den ich vorhin zitiert habe, einige Sätze vortragen: "Für den 9. November 1932 lud die 'Union nationale' in den Gemeindesaal von Plainpalais zu einer als 'öffentliche Anklage' gegen die sozialdemokratischen Parteiführer Léon Nicole und Jacques Dicker deklarierten Veranstaltung. Nachdem die Kantonsregierung ein Begehren der SP nach Verbot der Kundgebung abgelehnt hatte, organisierte diese eine Gegendemonstration. Die bürgerliche Kantonsregierung wurde im Verlauf des Tages davon unterrichtet, dass diese Demonstration in Unruhen überzugehen drohe. Eine Lagebeurteilung ergab, dass die Zahl der zur Verfügung stehenden Polizeikräfte nicht ausreiche, um die befürchteten Ausschreitungen zu unterdrücken. Der Staatsrat forderte deshalb beim Eidgenössischen Militärdepartement Verstärkung an, worauf über 600 Mann der Lausanner Infanterierekrutenschule, die sich in der sechsten Ausbildungswoche befand, nach Genf beordert wurden." So weit dieses Zitat. Jetzt zitiere ich aus dem Urteil, das sich die Kommission hat kommen lassen; es ist auf Französisch verfasst, deswegen werde ich es auch auf Französisch zitieren:

"Nicole prit la parole deux fois et adressa entre autres à la foule, en l'appelant à la révolution, la recommandation: 'Tenez la rue, tenez-la bien!' Lebet et Tronchet Lucien prononcèrent des appels révolutionnaires du même genre. Millasson somma la foule de rompre le barrage. De même, Dupont la somma d'avancer dans la direction du barrage. Immédiatement à la suite des appels de Nicole et de Millasson, la foule attroupée emporta violemment le barrage et, à cette occasion, des agents de police furent blessés ... Le chef du Département cantonal de justice et police donna, à 21 heures, l'ordre d'appeler l'école de recrues III/1, que le Département militaire fédéral avait envoyée de Lausanne à Genève pour demeurer à la disposition du gouvernement cantonal. Lorsque la première compagnie sortit de caserne pour venir en aide à la police, la foule s'attroupa et attaqua les militaires d'une façon extrêmement brutale. Quelques individus dirigeaient l'attaque, qui fut exécutée méthodiquement. Des militaires furent maltraités et désarmés; il y eut destruction et soustraction de matériel d'armée. En présence de cette violente attaque, la troupe se retira vers le Palais des Expositions, poursuivie de manifestants surexcités et menaçants. La vie de la troupe étant en danger, ordre fut donné, après sommation, de faire feu."

Das Resultat dieses unglücklichen Feuerbefehls waren dann 13 Tote und über 65 Verletzte. Am folgenden Tag wurden Léon Nicole und weitere sozialistische Parteiführer verhaftet. Die Bundes-Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen 18 Personen. Die Jury erkannte von den 18 Angeklagten 7 als schuldig. Aufgrund der Prozessordnung ordnete der das Gericht präsidierende Bundesrichter Soldati die sofortige Freilassung der 11 nicht als schuldig befundenen Angeklagten an. Für die 7 als schuldig anerkannten verlangte der Bundesanwalt Gefängnisstrafen zwischen 5 und 10 Monaten. Die Strafkammer, zusammengesetzt aus drei Bundesrichtern, sprach am 3. Juni 1933 folgende Strafen aus: Léon Nicole, 6 Monate Gefängnis bei Anrechnung von 60 Tagen Untersuchungshaft, 100 Franken Busse; Auguste Millasson, 4 Monate Gefängnis bei Anrechnung von 112 Tagen Untersuchungshaft, 50 Franken Busse; Francis-Auguste Lebet, 4 Monate Gefängnis bei Anrechnung von 4 Tagen Untersuchungshaft, 50 Franken Busse; Jules Daviet, 4 Monate Gefängnis bei Anrechnung von 102 Tagen Untersuchungshaft, 50 Franken Busse; Albert Wütrich, 4 Monate Gefängnis bei Anrechnung von 38 Tagen Untersuchungshaft, 50 Franken Busse; Edmond Isaak, 4 Monate Gefängnis bei Anrechnung von 35 Tagen Untersuchungshaft, 30 Franken Busse; Francis Baeriswyl, 4 Monate Gefängnis bei Anrechnung von 31 Tagen Untersuchungshaft, 30 Franken Busse. Léon Nicole wurde, kaum aus dem Gefängnis entlassen, im November 1933 in den Genfer Regierungsrat gewählt und übernahm das Justiz- und Polizeidepartement.

Ich sage Ihnen das – und komme später noch auf das Urteil zurück –, weil die Standesinitiative die Aufhebung dieser sieben Strafurteile verlangt und sich die Kommission für die Frage, ob sie Folge geben will oder nicht, das Urteil hat zustellen lassen.

Würde der Rat der Standesinitiative Folge geben, was die Mehrheit Ihrer Kommission nicht möchte, so würde sich die Frage stellen, wie vorzugehen wäre. Dazu lag der Kommission ein Papier des Bundesamtes für Justiz vor. In diesem Papier wird zunächst festgehalten, dass es sich um ein Urteil des Strafgerichtes des Bundes handelt. Es war eine sogenannte Bundesassise, wie sie in der Bundesverfassung von 1874 vorgesehen war und die später mit der Ausserkraftsetzung dieser Verfassung verschwand.

Zusammengesetzt war sie aus der Kriminalkammer des Bundesgerichtes, bestehend aus Bundesrichter Agostino Soldati als Präsidenten und den beiden Bundesrichtern Emil Kirchhofer und Robert Guex. Dazu kamen zwölf eidgenössische Geschworene sowie zwei Suppleanten. Materiell zur Anwendung kam das Bundesgesetz vom 4. Hornung 1853 über das Bundesstrafrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, beschlossen hier in Bern vom Parlament.

Übrigens: Zwar nicht für die Genfer Unruhen, aber angesichts der heute geführten Diskussionen ist Artikel 41



dieses Gesetzes ganz bemerkenswert. Er lautet: "Wer ein fremdes Gebiet verletzt oder eine andere völkerrechtswidrige Handlung begeht, ist mit Gefängnis oder Geldbusse zu belegen." Die Zuständigkeit des Bundes bzw. der Bundesversammlung für diese Standesinitiative ist also gegeben.

Im Papier wird dann festgehalten, dass es hier weder um eine Begnadigung gehe, weil die Strafen schon längst verbüsst seien, noch um eine Amnestie, denn die Strafverfolgung bzw. der Vollzug lägen zeitlich schon lange zurück. Daher sei die Zuständigkeit der Bundesversammlung nicht aufgrund von Artikel 173 Absatz 1 Buchstabe k der Bundesverfassung gegeben, sondern es handle sich um eine Rehabilitation *sui generis*, eine Zuständigkeit für weitere Geschäfte nach Artikel 173 Absatz 2 der Bundesverfassung.

Fazit: Nach dem Bundesamt für Justiz kommt ausschliesslich die Erlassform eines einfachen Bundesbeschlusses infrage, in welchem individuell-konkret die Aufhebung der damaligen Strafurteile gegen die sieben Demonstranten und deren Rehabilitation durch die Bundesversammlung beschlossen würde. Damit ist aber auch die ganze Schwierigkeit dieses Anliegens gleich aufgezeigt – ein Erlass der Legislative zur Aufhebung von sieben Urteilen der Judikative. Es geht um eine Frage der Gewaltenteilung, und diese müssen wir als Legislative insbesondere dann sehr ernst nehmen, wenn wie hier Folgendes gegeben ist:

Wir befinden uns in einem verfassungsmässigen, demokratischen Rechtsstaat mit unabhängiger dritter Gewalt. Es kommen verfassungsmässig erlassenes, vorgegebenes Prozessrecht und materielles Recht zur Anwendung. Das Gericht ist verfassungskonform und ordnungsgemäss besetzt. Das Recht auf Verteidigung ist gewährleistet. All das und namentlich auch Letzteres war hier der Fall. Das zeigt sich nicht zuletzt auch darin, dass die Angeklagten ständig von ihren Verteidigern unterstützt waren – siehe Seite 10 des Urteils – und dass von den 18 Angeklagten 11 freigesprochen wurden.

Bei solchen Voraussetzungen und Gegebenheiten sollte die Legislative nur mit allergrösster Zurückhaltung Urteile richterlicher Behörden aufheben. In diesem Fall soll eine Aufhebung

AB 2018 S 577 / BO 2018 E 577

der Urteile nach Meinung der Mehrheit nicht erfolgen, weil es nicht geboten ist, diese Zurückhaltung abzulegen. Es sind dies auch nicht Fälle, die vergleichbar sind mit Fragen, wie sie sich z. B. im Zusammenhang mit dem Holocaust stellten. Das heisst nun nicht, dass damit gesagt wäre, man käme heute zu gleichen Urteilen und Schlüssen wie damals. Bestimmt würde man heute mit der ganzen Situation völlig anders umgehen. Die Zeiten ändern sich. Aber wir begäben uns rechtsstaatlich auf eine gefährliche Ebene, wenn wir aufgrund anderer Umstände – auch völlig anderer Umstände! –, nach Jahrzehnten, verfassungsmässig zustande gekommene Urteile aufheben würden. Es geht dabei nicht zuletzt auch um eine Frage der Rechtsgleichheit; es ist keineswegs ausgeschlossen, dass neue Ungerechtigkeiten entstehen, wenn man an einen solchen Fall heutige Massstäbe anlegt. Wenn wir beginnen, die heutige Sichtweise anzuwenden, müssten wir vielleicht auch noch sehr viele andere Urteile aufheben.

Eine von Herrn Kollege Levrat angeführte Minderheit sieht das anders. Es gab in der Kommission auch zwei Stimmenthaltungen aus der Überzeugung, dass wir es hier nicht mit Fällen zu tun hätten, die mit Fällen aus dem Zweiten Weltkrieg oder mit den Spanienkämpfern vergleichbar seien, die aber gleichwohl nicht so weit davon entfernt seien, als dass die Initiative einfach abzulehnen wäre.

Die Mehrheit der Kommission dagegen beantragt Ihnen, der Standesinitiative keine Folge zu geben, da es nur unter ganz besonderen Umständen – die hier nicht gegeben sind – angebracht ist, als Legislative Urteile der Judikative aufzuheben.

Levrat Christian (S, FR): Merci tout d'abord au rapporteur pour l'exposé des faits; je me permettrai d'en reparler brièvement. Sur un point, en tout cas, majorité et minorité se rejoignent: nous devons faire preuve de réserve et de prudence lorsqu'il s'agit d'apprécier les événements du passé et lorsqu'il s'agit d'évaluer les conséquences ou le contexte dans lequel ceux-ci se sont passés. Elles sont d'accord, encore, pour considérer que seules des situations très particulières justifient une opération de réhabilitation telle qu'elle nous est proposée par le Grand Conseil genevois, tous bords confondus. C'est suffisamment rare à Genève pour que cela puisse être relevé: nous avons une unité politique de la gauche et de la droite genevoises pour nous demander la réhabilitation des sept personnes concernées.

Pour comprendre à la fois l'importance et la nécessité de cette requête, il faut d'abord rappeler non seulement les faits, mais aussi leur perception, ensuite, dans le débat politique genevois, l'analyse historique qui a été faite et les conséquences de ces faits jusqu'à aujourd'hui en politique genevoise.

Le rapporteur l'a dit: dans la nuit du 5 au 6 novembre 1932, un groupe fasciste – il faut le dire – de l'époque, l'Union nationale, convoque une manifestation pour la mise en accusation de Léon Nicole à la salle communale de Plainpalais, une salle très populaire à Genève. Le Parti socialiste genevois de l'époque demande au Conseil



d'Etat de ne pas autoriser cette manifestation, ce qui est refusé sous prétexte de démocratie. Le Parti socialiste et les forces de gauche à Genève appellent alors à une contre-manifestation, qui a lieu le 9 novembre 1932. Ce jour-là au matin, le Conseil d'Etat demande à l'armée du renfort en termes de sécurité. De jeunes recrues alors stationnées à Lausanne sont envoyées à Genève pour lutter contre ce qui est perçu comme une révolution bolchevique.

Il y a 4000 à 5000 manifestants; des barrages sont dressés, dont certains sont défoncés et détruits, et 18 soldats sont désarmés par la foule. La troupe se trouve prise contre la façade d'un immeuble, ce qui provoque une forme de panique. Il y a une sommation au clairon et un tir à balles réelles. Au final, 13 manifestants sont morts ce jour-là, et des dizaines d'autres sont blessés. 18 personnes sont alors arrêtées et jugées par le Tribunal pénal fédéral institué spécialement pour cet événement. Léon Nicole et ses camarades sont condamnés à des peines fermes variant de quatre à six mois de prison. Ces personnes-là, il faut peut-être le retenir, subissent alors une triple peine: elles sont d'abord dans le camp des victimes, puisque ce sont leurs camarades qui tombent sous les balles de l'armée; elles sont ensuite désignées comme responsables des événements et des morts; enfin, elles sont rejetées à l'époque par le Parti socialiste suisse, qui les exclut. En 1933, quelques jours après sa sortie de prison – cela a été rappelé – Léon Nicole devient président du Conseil d'Etat genevois. Le Conseil d'Etat devient alors majoritairement de gauche.

Comment ces événements sont-ils perçus à Genève? Jusque dans les années 1960, on considérait que les événements de Genève étaient dus à des mouvements de gauche et que les soldats n'avaient pas fait grand-chose d'autre que d'y remettre de l'ordre. Dans les années 1960, on a admis qu'il y avait deux camps: d'un côté l'Union nationale d'inspiration fasciste et, de l'autre côté, la gauche genevoise, et que les deux camps s'étaient livrés à des provocations. On admet aussi, à partir de 1960, que contrairement à ce qui avait été retenu au départ, les manifestants n'étaient ni des bolcheviks ni des révolutionnaires, mais des personnes de tous bords, des personnes à bout en raison de leur situation économique – Genève vivait lors des événements une crise économique extrêmement grave. Puis, depuis les années 1970, on s'attache à retenir que la perception des événements qu'on a eue immédiatement après les faits était erronée. On a depuis lors admis qu'il y avait une responsabilité partagée des deux bords, et que les seuls responsables n'étaient assurément pas Léon Nicole et les personnes qui avaient alors été condamnées.

On constate à Genève, au cours des années, une évolution du sentiment de justice autour de ces événements, une évolution qui se fait dans un climat assez émotionnel – c'est l'engagement de l'armée suisse qui a eu les conséquences les plus dramatiques et le seul engagement de l'armée suisse contre la population civile. Aujourd'hui, le Grand Conseil genevois, tous partis confondus, nous invite à réviser cette appréciation et à réhabiliter les sept personnes condamnées. Pour ce faire, il demande à la Berne fédérale de l'aider à gérer ce passé historique. Aussi le premier argument à mon sens décisif en faveur de cette initiative cantonale est-il qu'elle émane de tous les bords politiques genevois, qu'elle provient d'un canton qui veut faire la paix avec son histoire, qui veut faire la paix avec son passé. Il ne s'agit pas tellement, aujourd'hui, de réviser des événements qui ont eu lieu il y a plus de quatre-vingts ans, mais il s'agit de répondre à la demande des politiciens genevois d'aujourd'hui, de les aider à tirer un trait et à pacifier ce chapitre douloureux de leur histoire.

Ils ont besoin pour ce faire non seulement d'une déclaration du Grand Conseil genevois, qui s'accorde sur le fait de vouloir réhabiliter les sept personnes concernées, mais aussi d'un acte politique de l'Assemblée fédérale qui aille dans le même sens et qui leur permette de faire la paix avec leur histoire, de faire la paix avec leur passé. Il ne s'agit pas d'un débat qui impliquerait d'un côté l'armée et les responsabilités de l'armée, et de l'autre côté la gauche genevoise. Il s'agit d'un débat qui implique en premier lieu des Genevois entre eux, qui porte sur des tensions extrêmement vives qui ont eu lieu dans la ville de Genève, l'armée s'étant trouvée dans la situation difficile de devoir s'interposer.

Si les successeurs de ces mouvements, si celles et ceux qui aujourd'hui sont au commandement de la ville de Genève et en charge de son histoire nous demandent de faire un geste, il y a à mon avis quelque raison pour aller dans cette direction. Est-ce que nous voulons, en tant que membres de la Chambre des cantons, rester sourds à l'appel des autorités politiques d'un canton qui, tous bords réunis, nous demandent de les aider à faire la paix avec un chapitre de l'histoire du canton, de les aider à apaiser un débat politique qui a empoisonné la mémoire genevoise et la politique genevoise durant des décennies? Notre rôle dans cette affaire n'est pas de distribuer des bons ou des mauvais points aux juges de l'époque mais d'aider le monde politique genevois à tourner cette page et à rétablir une forme d'équité dans la manière dont les faits sont perçus.

L'autre argument que je voudrais exposer pour donner suite à cette initiative, c'est qu'il ne s'agit pas vraiment d'un précédent que nous créerions. Il ne s'agit à mon sens pas



vraiment d'annuler le jugement par lequel ces gens ont été condamnés. Je suis d'accord avec l'Office fédéral de la justice lorsqu'il dit que la seule voie, c'est celle d'une réhabilitation politique, d'une déclaration politique visant à réhabiliter les personnes et non pas de réviser le jugement qui a été prononcé à l'époque. Il nous est déjà arrivé, par des déclarations politiques, de procéder de manière similaire. Rappelons le cas des passeurs qui ont permis à des juifs de venir se réfugier en Suisse durant la Deuxième Guerre mondiale. Le cas de Paul Grüninger est le plus célèbre. Celui des combattants suisses qui se sont engagés dans la guerre d'Espagne est bien connu aussi.

Nous sommes ici dans une situation similaire. Le droit positif, le droit applicable à l'époque – comme le droit actuel – interdisait les appels à la violence. Le droit actuel interdit toujours à des citoyens suisses de s'engager dans une armée étrangère. Nous avons simplement considéré que, compte tenu des circonstances politiques de l'époque, il était juste de réhabiliter celles et ceux qui, en violation du droit de l'époque et également dans ce cas-là du droit actuel, s'étaient engagés en Espagne pour combattre les armées des fascistes. Nous sommes dans la situation similaire où des manifestants ont exercé leurs droits dans un contexte extrêmement tendu, là aussi pour combattre des forces fascistes, mais en Suisse. J'ai de la peine à comprendre pourquoi il serait, du point de vue de notre Parlement, légitime de s'engager en Espagne pour combattre des armées fascistes, mais illégitime de s'engager en Suisse pour combattre la même tendance. Nous ne créons pas véritablement un précédent. Nous nous inscrivons plutôt dans une logique qui est celle de la réhabilitation des combattants de la guerre d'Espagne et du commandant de police Grüninger.

Il serait à mon avis également erroné de craindre, comme le fait la majorité de la commission, que nous ouvrons la porte à de multiples cas similaires et que nous devons réviser en permanence notre histoire. Nous sommes dans un cas tout à fait exceptionnel. C'est le seul engagement de l'armée dans un contexte civil qui a eu comme conséquence la mort de manifestants. C'est un fait qui s'est déroulé dans un contexte politique unique, celui du début des années 1930 et de la lutte contre le fascisme. A mon sens, nous n'avons pas d'autres situations similaires sur lesquelles nous serions appelés à nous prononcer dans un futur proche.

Mon dernier argument est d'ordre formel. Je sais, parce que cela a été examiné en commission, que le juge Soldati était un éminent juriste et qu'il a présidé la cour à ce procès en prenant toutes les précautions nécessaires sur le plan formel et matériel. Je sais aussi que le droit formel de l'époque a été respecté. Il ne s'agit pas pour nous de réviser un jugement ou de critiquer comme si nous prenions la forme d'une cour de cassation une décision qui aurait été prise par un juge. Il s'agit de porter une appréciation politique visant à réhabiliter sept personnes qui ont été condamnées dans un contexte politique qui était bien particulier. Elles ont été condamnées en vertu d'une application formelle du droit de l'époque. Mais, rétrospectivement et au fil de l'histoire, elles ont vu leur condamnation être considérée par la quasi-totalité des forces politiques à Genève comme inique et injuste.

Au final, d'abord parce que c'est une demande largement soutenue par les forces politiques genevoises représentées au Grand Conseil, ensuite parce que c'est une forme de devoir de mémoire ou de manière d'apaiser les tensions issues de l'histoire et de ses développements, et enfin parce que nous pouvons, par le biais d'une simple réhabilitation au stade du traitement du projet d'acte issu de cette initiative cantonale, répondre à la demande des autorités genevoises, je vous invite à donner suite à cette initiative cantonale et à mandater votre commission d'élaborer un arrêté fédéral simple portant sur la réhabilitation de ces sept manifestants.

Caroni Andrea (RL, AR): Ich bitte Sie, hier der Mehrheit zu folgen und dieser Standesinitiative keine Folge zu geben. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass diese Geschichte Genf immer noch bewegt, und habe jetzt auch noch verstärkt zur Kenntnis genommen, wie der Diskurs über die Jahrzehnte in Genf gelaufen ist. Aber mir scheint, die Genfer Behörden üben hier am falschen Objekt.

Ich hätte ein gewisses Verständnis gehabt, wenn man gesagt hätte: "Wir möchten jetzt, dass die Eidgenossenschaft ihren eigenen Armee-Einsatz jenes 9. Novembers 1932 aufarbeitet, denn da ist ganz offensichtlich einiges schiefgelaufen." Das ist ja eigentlich das Gravierendste an den ganzen Genfer Unruhen. Dann habe ich Verständnis dafür, wenn man sagt: "Wir wollen den Innergenfer Diskurs anschauen: Wer war schuld? Demonstration, Gegendemonstration – wer war politisch auf der edleren Seite der Geschichte?"

Was uns aber hier vorliegt, ist ein Antrag, ein ganz konkretes Strafurteil jener Bundes-Strafkammer von 1933 aufzuheben. Das Spektakuläre für mich an diesem Vorgehen war Folgendes: Als die Damen und Herren von Genf mit historischen Berichten in unsere Kommission kamen, die uns aufzeigen sollten, warum dieses Urteil himmelschreiendes Unrecht sei, und wir dann fragten, was denn in jenem Urteil stehe, antworteten sie uns, sie würden es gar nicht kennen.

Wir mussten dann in der Kommission eine Ehrenrunde einschalten und das Bundesarchiv bitten, dieses Urteil, das offenbar so ungerecht ist, hervorzukramen. Wir haben das Urteil dann bekommen; Kollege Hefti hat es



sehr ausführlich dargestellt. Wir haben es mit Blick darauf studiert, ob in diesem Verfahren inhaltlich oder formell dermassen grosse, schreiende Ungerechtigkeiten passiert sind, dass wir uns nach Jahrzehnten über die Gewaltenteilung hinwegsetzen müssten. Wir haben in diesem Urteil schlichtweg nichts Derartiges gefunden. Was wir gefunden haben, sind die Vorwürfe, welche die Juroren auch bestätigt haben.

In aller Kürze: Es ging eben darum, dass hier Gewalt angewandt wurde; die Leute wurden mit Schlagstöcken ausgerüstet, sie wurden zur Gewalt animiert, sie haben zuerst Polizisten und später Rekruten Waffen weggenommen, sie haben sie verletzt, Tötlichkeiten verübt, Steine geworfen und Barrikaden erklommen. Kollege Hefti hat es noch milde gesagt: Nach Artikel 46 des damaligen StGB war das strafbar – heute würde man das vielleicht anders beurteilen.

Ich halte es hier schon eher mit Kollege Levrat, der auch kritisch mit der Minderheit war und sagte, sogar nach heutigem Recht wäre das strafbar. Wir erinnern uns, es ist nur etwa eine Woche her, da haben wir hier im Rat diskutiert, ob wir die Strafnormen für die öffentliche Zusammenrottung und den Landfriedensbruch verschärfen wollen. Wir haben bei Gewalt und Bedrohung von Beamten eine Verschärfung vorgenommen, weil wir gesagt haben, das gehe nicht, es gebe friedliche und demokratische Mittel, um sich in diesem Land auszutauschen, und wir wollten nicht, dass die Leute öffentlich zu Gewalt aufrufen.

Ich bin überzeugt, dieses Urteil würde heute gleich gefällt. Die Leute würden wegen Landfriedensbruch, Gewalt und Drohung gegen Beamte und wegen öffentlicher Aufforderung zu Gewalt bestraft. Bei einem Urteil, das nach damaligem Massstab offenbar korrekt zustande kam und das man heute gleich fällen würde, kann ich mich nicht dafür erwärmen, es achtzig Jahre später als Geste im Rahmen einer politischen Genfer Debatte aufzuheben.

Ich bitte Sie daher, der Mehrheit zu folgen.

Cramer Robert (G, GE): Tout d'abord, je dois remercier très chaleureusement Monsieur Hefti de s'être chargé du rapport. Evidemment, en tant que président de la commission, j'étais très emprunté à ce sujet et je le remercie beaucoup pour le travail qu'il a fait et le rapport qu'il a livré à notre conseil. Pour ma part, comme Genevois, je vais me permettre d'attirer votre attention sur deux points – rassurez-vous, je le ferai brièvement. Premièrement, pour préparer notre séance d'aujourd'hui, j'ai lu le compte rendu des débats qui ont eu lieu au Grand Conseil de Genève, lequel a approuvé cette initiative cantonale à très large majorité. Ce qui m'a frappé en lisant le compte rendu des débats, c'est l'engagement qu'il y a eu lors des discussions des membres des partis que l'on nomme, à Genève, "entente bourgeoise". Ainsi, c'est un représentant du Parti démocrate-chrétien qui a rapporté sur les travaux de la commission du Grand Conseil en ce qui concerne cette

AB 2018 S 579 / BO 2018 E 579

initiative cantonale, tandis que le porte-parole du groupe libéral-radical s'est exprimé pour dire que son groupe soutenait l'initiative cantonale.

Pour moi, c'est réellement très important, car cela signifie que, derrière cette initiative cantonale, il y a tous les partis historiques du canton qui se réunissent pour dire que, aujourd'hui, il y a une vraie nécessité de mettre un terme aux controverses et aux disputes qui ont pu entourer l'appréciation que l'on peut faire de cette manifestation du 9 novembre 1932. Il faut en tenir compte, et cette attitude du Grand Conseil a été précédée, il y a quelques années, par une déclaration du Conseil d'Etat de Genève dont j'étais alors membre. Ce dernier était unanime pour dire que les Genevois devaient se réconcilier, et que le seul message que l'on pouvait donner était: "Plus jamais cela!"

Il ne s'agit pas de juger ceux qui étaient d'un côté ou de l'autre des barricades; il ne s'agit pas de juger le Conseil d'Etat de l'époque qui avait pris des décisions, en matière de maintien de l'ordre, qui étaient celles qu'il estimait devoir prendre à l'époque où il les a prises. Il s'agit de ne juger personne; mais il s'agit de dire que, aujourd'hui, les Genevois veulent tirer un trait sur ces événements qui sont encore très présents dans les esprits, même s'ils sont anciens. Il y a un monument à Genève qui commémore ces événements et il y a chaque année un rassemblement autour de ces événements. On ne parle donc pas uniquement d'un fait historique, mais d'une histoire encore vivante.

L'autre point sur lequel j'aimerais insister et sur lequel j'aimerais insister fortement, c'est que, pour que cette réconciliation genevoise puisse être entérinée, cela ne peut pas se passer qu'à Genève. Il y a eu un jugement rendu par une cour fédérale. Pour réhabiliter les condamnés, on a besoin du soutien, d'une manifestation de la Confédération. Sur ce point, je tiens à dire de façon extrêmement claire, pour répondre à l'intervention de Monsieur Caroni, qu'en aucun cas il ne s'agit d'une révision d'un jugement qui a été rendu en Suisse. Il n'est pas contestable que le jugement par lequel ces sept manifestants ont été condamnés a été rendu au terme d'une procédure régulière; il n'est pas contestable que ce jugement a été rendu conformément aux règles de



notre Etat de droit et il n'est pas contestable que ce jugement a été rendu par des juges très honorables et dont l'honorabilité n'a pas à être discutée. Ce n'est pas de cela qu'on parle. Ce dont on parle, c'est d'une réhabilitation. Une réhabilitation bien que, forcément, à un moment donné, il y ait eu une décision juste et incontestée parce que l'on considère – pour des raisons non pas d'ordre juridique mais d'ordre politique – que les personnes condamnées avaient des motifs peut-être honorables qui les ont poussées à agir et que, pour cela, elles méritent d'être réhabilitées.

En d'autres termes, dans la suite de l'examen de cette initiative cantonale, comme le dit très justement d'ailleurs l'Office fédéral de la justice, il ne faudra pas s'attacher à l'idée de savoir si le jugement doit être annulé ou pas. Il faudra uniquement se concentrer sur l'intention des auteurs, sur leur intention telle qu'elle ressort d'ailleurs du titre même de l'initiative cantonale qui nous parle de "réhabilitation des sept manifestants condamnés suite à la manifestation du 9 novembre 1932". Donc, ce à quoi il faudra s'attacher, c'est à la façon de savoir comment on peut aller dans le sens d'une réhabilitation, non pas pour dire que ces manifestants n'ont rien fait, mais pour entériner cet esprit de réconciliation de la collectivité genevoise.

C'est donc en ce sens que je vous demande de suivre la minorité de la commission, non pas pour réviser un jugement qui n'a pas lieu d'être révisé mais pour réhabiliter des gens qui se sont conduits honorablement selon leur appréciation des choses et surtout pour entériner une réconciliation nécessaire à Genève autour de ces événements.

Rieder Beat (C, VS): Ich wollte eigentlich zu diesem Thema nicht sprechen, muss es nun aber trotzdem tun. Kollege Cramer hat erwähnt, dass eine grosse Mehrheit des Grossen Rates des Kantons Genf diese Standesinitiative unterstützt hat, darunter Vertreter aller Parteien.

Ich könnte Kollege Cramer in allen Punkten Recht geben. Er hat Recht mit dem, was er hier sagt. Eine Rehabilitierung ist ein politischer Entscheid, den das Parlament treffen könnte. Aber ich muss dann doch erwähnen, dass der Wortlaut der Standesinitiative weit über die Rehabilitierung hinausgeht.

Der Wortlaut verlangt, wie es die Kollegen Caroni und Hefti erwähnt haben, die Aufhebung von höchstrichterlichen Urteilen aus dem Jahr 1933. Da muss sich unsere Kammer natürlich schon überlegen, ob wir mittels Parlamentsbeschluss einen 85-jährigen höchstrichterlichen Entscheid aufheben können. Ich überlasse jedem Parlamentarier selbst den Entscheid, ob er in einer solchen Art rückwirkend in die Judikative eingreifen will; ich brauche Ihnen hier keine staatspolitischen Belehrungen zu geben, ich mache nur eine kleine, kurze Erwähnung: Es ist manchmal durchaus nützlich, das Gesetz anzuschauen. Wann und wie werden in der Schweiz höchstrichterliche Entscheide aufgehoben? Kollege Cramer weiss es genau: Gemäss Artikel 121ff. des Bundesgerichtsgesetzes kann man Revisionsbegehren stellen. Das Revisionsbegehren ist der Weg; die Voraussetzungen sind einzuhalten. Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, kann ein Urteil aufgehoben werden.

Mit allem guten Willen gegenüber dieser Standesinitiative, gegenüber dem Aspekt der Rehabilitierung und dem Aspekt, dass man sich in dieser politischen Geschichte gütlich einigen könnte, ist der zweite Teil der Standesinitiative, nämlich die Aufhebung von sieben Urteilen, schlichtweg nicht erfüllbar. Ich habe das Gefühl, dass man bei der Redaktion der Standesinitiative eindeutig zu weit gegangen ist.

Daher stehe ich zum Antrag der Mehrheit.

Rechsteiner Paul (S, SG): Ich gestatte mir jetzt doch auch noch, das Wort zu ergreifen, und zwar als Deutschschweizer. Es handelt sich um eine Genfer Standesinitiative. Sie bezieht sich auf eines der schmerzhaftesten Ereignisse der Schweizer Geschichte des 20. Jahrhunderts überhaupt und sicher um das schmerzhafteste und schwierigste Ereignis der Genfer Geschichte im 20. Jahrhundert. Es braucht, glaube ich, gerade aus Deutschschweizer Sicht, seitens der Deutschschweizer Standesvertreterinnen und Standesvertreter, eine gewisse Sensibilität gegenüber diesen gravierenden Ereignissen. Ein solches Ereignis ist schwer vorstellbar; in Glarus hat so etwas nie stattgefunden, in Appenzell ist es unvorstellbar, mit so etwas konfrontiert zu sein. Der 9. November 1932 in Genf erfordert doch eine sorgfältige und auch eine sensible Beurteilung der Ereignisse. Ich komme hier zunächst auf die juristische Dimension des Falles zu sprechen, Kollege Rieder und Kollege Hefti. Die Urteile wurden nach den Verfahrensregeln rechtskonform erlassen, das ist alles ganz unbestritten. Es geht auch nicht darum, ein Urteil über die damaligen Urteile zu fällen, sondern es geht um etwas anderes: Es geht um eine politische Neubewertung dieser Vorgänge, um eine Rehabilitierung, wie es der Kommissionsprecher gesagt hat, eine Rehabilitierung sui generis. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass das nicht das erste Mal wäre, dass das Parlament eine solche Rehabilitierung von rechtskräftigen Verurteilungen vornehmen würde, die damals juristisch korrekt erfolgt sind.

Ich selber war am Ursprung von Rehabilitierungs-Initiativen, die erfolgreich waren. Sie betrafen zum einen die Fluchthelferinnen und Fluchthelfer zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, zur Zeit des Nationalsozialismus und



des Faschismus – es geht eigentlich immer um diese Zeit, die für die Schweiz gravierend war, obwohl unser Land vom Krieg verschont geblieben ist. Die Strafurteile gegen Personen, die Jüdinnen und Juden, vom Tode bedrohten Menschen, das Leben gerettet haben, widersprach in der damaligen Zeit, aber vor allem in der heutigen Zeit, dem Gerechtigkeitsempfinden. Das Parlament kam vor einigen Jahren nach den Befunden der unabhängigen Expertenkommission Schweiz-Zweiter Weltkrieg zum Schluss, die Urteile gegen jene Fluchthelfer aufzuheben. Es gab damals extra eine Kommission, die auch Einzelfälle angeschaut hat. Wer seinerzeit strafrechtlich verurteilt wurde, weil er am Leben bedrohten Jüdinnen und Juden entgegen der damaligen Rechtslage zur Einreise verholfen hatte,

AB 2018 S 580 / BO 2018 E 580

dessen Urteil wurde mit einem speziellen Erlass der Bundesversammlung aufgehoben.

Dasselbe wurde bezüglich der Schweizerinnen und Schweizer gemacht, die im Spanischen Bürgerkrieg für Demokratie und Freiheit gekämpft hatten und ebenfalls nach der damaligen Rechtslage und nach den damals geltenden Regeln verurteilt wurden. Auch diese Urteile sind mit einem speziellen Erlass aufgehoben worden. Es ging um Ereignisse, die von einer tiefen Emotionalität geprägt waren. Es ging um Gerechtigkeit gegenüber Menschen, die fast alle zum Zeitpunkt der Rehabilitierung schon verstorben waren, um eine Bekundung von Gerechtigkeit gegenüber der aktuellen Gesellschaft, aber auch den betroffenen Nachkommen gegenüber.

Ein Spezialfall war die Rehabilitierung der administrativ Versorgten. Hier ging es nicht um einzelne Urteile, es ging um einen Spezialfall. Auch hier hat das Parlament mit Blick auf die besondere Lage dieser Menschen, das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, und auf eine historische, aber auch politische Aufarbeitung eines schwierigen Kapitels der Schweizer Geschichte einen solchen Entscheid gefällt. Das hat ja dann über eine Volksinitiative zu einem Entschädigungserlass geführt. Das war in jüngerer Zeit der Fall.

Somit ist es eine politische Frage, ob einer Initiative wie jetzt der Genfer Standesinitiative Folge gegeben werden soll oder nicht. Um das nun politisch zu beurteilen – und das ist unsere Aufgabe –, muss man sich bewusst sein, dass diese gravierenden Ereignisse am Schnittpunkt zweier schwieriger Kapitel der Schweizer Geschichte stattfanden, am Schnittpunkt zweier schwieriger Entwicklungen. Das macht diese Frage so anspruchsvoll.

Die eine schwierige Entwicklung waren die Militäreinsätze gegen Streikende in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der 9. November 1932 in Genf war die Kulmination dieser problematischen Entwicklung in der Schweiz im negativen Sinne, als Militär eingesetzt wurde – wiederholt, immer wieder gegen die Arbeiterbewegung, gegen Streikende.

Ein gravierendes Ereignis, das im kollektiven Bewusstsein noch in Erinnerung ist, geschah beim Bau des Gotthardtunnels, als das Militär gegen Streikende aufgeboten wurde, die sich gegen unhaltbare Arbeitsbedingungen zur Wehr gesetzt hatten. Es gab mehrere Erschossene. Es gab weitere solche Ereignisse. Für die Ostschweiz kam es beim Bau des Rickentunnels auch zu einem Militäreinsatz gegen Streikende, und dann kam es zur Kulmination 1932. Vorher fand der Generalstreik von 1918 statt, an den wir in diesem November erinnern werden. Einen halben Tag nach Abbruch des Generalstreiks kam es am 14. November 1918 im Kanton Solothurn, in Grenchen, noch zu einem Militäreinsatz, bei dem drei Arbeiter erschossen wurden: zwei von hinten, einem wurde direkt ins Gesicht geschossen; junge Arbeiter auf der Flucht. Ich habe selber 1998 anlässlich des ersten grossen Gedenkanlasses in Grenchen erlebt, wie tief diese Ereignisse nach wie vor in der Bevölkerung Erschütterung hervorrufen, nicht nur bei Nachkommen, sondern bei der ganzen Grenchner Bevölkerung. Es kam nachher zu weiteren Erinnerungsanlässen, auch zur Setzung eines Gedenksteins in Grenchen, und eine Ausstellung hat daran erinnert. Diese Ereignisse hatten eine enorme Tragweite.

Aber der Vorfall 1932 in Genf war der gravierendste, der schlimmste bezüglich solcher Militäreinsätze. Es ist so, dass Genf 1932 im Rückblick auf die Schweizer Geschichte dazu geführt hat, dass man daraus die Lehre gezogen hat, keine Militäreinsätze in diesem Sinne mehr im Innern gegen Demonstrationen zu machen. Für solche innere Einsätze ist die Armee nicht geeignet, erst recht nicht eine Truppe mit Rekruten. Das war eine Situation, die sich nie mehr wiederholen sollte. Das ist eine Lehre aus den Ereignissen in Genf 1932. Das ist der erste Erinnerungsstrang, der es nahelegt, hier doch einen Schritt in Richtung der Genfer Standesinitiative zu machen.

Der zweite Erinnerungsstrang, und es ist wichtig, diesen im Gedächtnis zu behalten, ist, dass es eine Demonstration gegen einen faschistischen Aufmarsch der Bewegung von Georges Oltramare war; der Kommissionssprecher hat es dargestellt. Das war damals in der Schweiz keine harmlose Sache, und es war in Europa keine harmlose Sache. Oltramare und seine Bewegung waren offene Bewunderer von Mussolini. Oltramare begab sich nach Rom und hat in der Folge und zusammen mit Deutschschweizer Frontisten einen Marsch auf Bern organisiert, hier vor das Bundeshaus. Allerdings war dann diesem Aufmarsch, verbunden mit der Hetze gegen das System und gegen Juden, kein Erfolg beschieden, dies im Unterschied zu anderen Ländern. Der



Faschismus hatte in der Schweiz keine Chance. Aber rückblickend, das darf man sagen, ist dieser antifaschistische Einsatz der Demonstranten so zu bewerten, wie er heute auch bewertet werden muss: Die Geschichte hat denjenigen Recht gegeben, die sich gegen den Faschismus gewehrt haben. Die antifaschistische Koalition hat dafür gesorgt, dass der Nationalsozialismus und der Faschismus besiegt worden sind und auch – das ist existenziell für die Schweiz –, dass die Schweizer Demokratie erhalten werden konnte.

Im Schnittpunkt dieser beiden Erinnerungsstränge ist es gerechtfertigt, ja drängt es sich auf, hier ein Stück Gerechtigkeit, ein Stück Frieden für Genf herzustellen mit dieser Standesinitiative, in Erinnerung an jene Ereignisse, wie es auf dem Gedenkstein in Plainpalais in Genf steht: "Plus jamais ça!"

Hefti Thomas (RL, GL), für die Kommission: Als Berichterstatter der Kommission habe ich noch einige ganz kurze Bemerkungen. Es ist von fast allen gesagt worden, dass wir ein Verfahren vor uns haben, dass an sich nach den verfassungsmässigen und gesetzlich vorgeschriebenen Abläufen abgelaufen ist. Es ist so, wie Herr Rieder gesagt hat: Die Standesinitiative Genf fordert ganz konkret, die Urteile des Strafgerichtes gegen die betroffenen Personen aufzuheben. Sie begnügt sich nicht mit einer politischen Rehabilitierung. Die politische Rehabilitierung ist wahrscheinlich am besten in der Wahl von 1933 ausgedrückt worden, indem einige dieser Leute ja dann an die Spitze der Genfer Politik gewählt wurden.

Mit dem Holocaust würde ich diese Sache nicht vergleichen. Man würde den Holocaust verkennen, wenn man das zu nahe zusammenbringt. Ich war bei der Rehabilitierung der Spanienkämpfer noch nicht in diesem Rat, aber im Namen der spanischen Republik sind damals auch ganz grässliche Verbrechen begangen worden – ich erinnere nur an Paracuellos de Jarama bei Madrid. Sie können nachlesen, was dort geschehen ist. Ich frage mich ernsthaft und beantworte diese Frage negativ: Haben wir etwas davon, wenn wir beginnen, uns immer mehr mit Fragen zu befassen, die sich seit der Gründung des Schweizer Bundesstaates ereignet haben? Ich glaube nicht. Ich glaube, es bringt letztlich auch keinen Frieden. Und wenn wir uns vor Augen halten, was zurzeit gerade in Polen passiert, was die aktuelle polnische Regierung mit der Justiz und mit in diesem Land gefällten Urteilen aus früheren Jahren vorhat, dann sehen wir das vielleicht in einem etwas anderen Licht. Wir sehen vielleicht, dass es richtig ist, wenn wir das hier so belassen und diesen Weg nicht weitergehen, uns aber bewusst sind, dass es ein Ereignis war, das sich so nicht wiederholen darf: "Plus jamais ça!"

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben ... 17 Stimmen

Dagegen ... 24 Stimmen

(1 Enthaltung)

AB 2018 S 581 / BO 2018 E 581